

Rolf Löchelt, Vor den Hockenkuhlen 23, 21218 Seevetal

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland
Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel
und Kabinett
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

lö/rl

2. April 2018

Zur Regierungserklärung März 2018

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Ministerinnen und Minister,

als Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben wir mit Interesse die Regierungserklärung 2018 gehört.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, und alle Ministerinnen und Minister haben einen Amtseid auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland abgelegt. Die Basis für alle Menschen in unserem Land ist unsere Verfassung. Das gilt für sogenannte Reichsbürger, wie für Sektierer christlicher Überzeugungen und anderer Religionen. Wer die Ordnung unseres Staates anders als durch unsere Verfassung regeln will, kann dies zwar mit rechtsstaatlichen Mitteln zu erreichen versuchen, es ist aber die Aufgabe aller, insbesondere der politischen Führung, die Verfassung vor Verfassungsfeinden zu schützen.

Menschen, die die Scharia einführen wollen oder die Gleichstellung von Mann und Frau leugnen und missachten, sind kein Teil unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Zu meinem eigentlichen Anliegen:

Ich betreibe in Seevetal bei Hamburg eine Privatpraxis. Bei Kundenbesuchen nehme ich mir Zeit zum Zuhören, weil Zuhören, die Gesundheit fördert.

In den letzten drei Jahren habe ich mir aufgeschrieben, was die mich konsultierenden Bürger an der Politik stört. Da in meine Praxis Menschen kommen, die Eigenverantwortung übernehmen, muss ich mir nicht „Stammtischmeinungen“ anhören, sondern Meinungen von gut gebildeten Menschen.

Es ist mein Eindruck, dass es in der Bevölkerung wegen der Vorgehensweise in der Politik kocht!

Die begründete Meinung der Bürger ist, dass Politiker sich mit ihres Gleichen, Parteimitgliedern und Lobbyisten beschäftigen, nur nicht mit dem großen Teil der parteilosen Bürger. Die Bürger haben den Eindruck als hielten die Politiker die Bürger für dümmer als sich selbst. Etwas mehr Selbstkritik und Demut und die Auseinandersetzung mit Sokrates und Cicero könnten nicht schaden.

Es hat sich der Eindruck verfestigt, dass die Gier nach wirtschaftlichen Vorteilen auch das Hauptmotiv in der Politik ist. Die Bürger bemerken sehr deutlich, welcher Politiker welche Voraussetzungen mitbringt und wo er schon während und besonders nach der politischen Laufbahn sein Einkommen erzielt.

Die Bürger missbilligen, dass die politische Laufbahn ausgenutzt wird, um unangemessene persönliche Vorteile zu erwirken. In der Bevölkerung nennt man es Korruption und Vetternwirtschaft.

Die Bürger erkennen sehr wohl an, dass die Regierungsmitglieder überdurchschnittlich viel arbeiten, dafür zu schlecht entlohnt werden, das kann aber kein Grund für Selbstbedienung sein.

Die Bürger wollen, dass sich ernsthaft und ausreichend mit ihren Anliegen auseinandergesetzt wird.

Die Bürger vermissen einen **wirkungsvollen Weg** ihre Meinung in die Politik einbringen zu können. Demonstrationen verpuffen, Briefe werden oft nicht zur Kenntnis genommen oder oberflächlich und/oder arrogant beantwortet. In den Parteien kommen die voran, die sich in Seilschaften einbinden lassen und falsch verstandene Loyalität üben.

Im Zeitalter der digitalen Kommunikation sollte eine **Kommunikationsplattform** zum Austausch zwischen politisch Handelnden und Bürgern eine Selbstverständlichkeit sein. Eine Kommunikationsplattform kann so eingerichtet werden, dass sie nicht anonym abläuft.

Die **Gängelung der Bürger** stößt den Bürgern besonders auf. Während die rhetorischen Falschaussagen z. B. von Firmensprechern der Autoindustrie, der Mineralölwirtschaft und der Bauernverbände die Politiker einknicken lassen und der „gesunde“ Menschenverstand in diesen Fällen ignoriert wird, wird Bürgern der „Schwachsinn“ der EU, wie Bio-Reinigungsstufen für Dreikammer-Kläranlagen, ohne im Einzelfall begründete Notwendigkeit, mit großen Kostenfolgen aufgezwungen, private Osterfeuer wegen Feinstaubverminderung verboten und Wertverluste bei Diesel-PKW's zugemutet, um nur einiges zu nennen.

Der Dieselverbrauch und die Schadstoffbelastung durch LKW's ist kein Thema, die Rußentwicklung durch die Verbrennung von Schweröl in der Schifffahrt, die Niederschläge durch Kerosinverbrennung der Flugzeuge und die Verseuchung der Erde durch das Verpressen von Förderwässern durch die Mineralöl/-gasindustrie sowie die Belastung der zweiten Grundwasserleiter mit Medikamentenrückständen angereicherte Gülle und vermutlich krebserregenden Pflanzenvernichtungsmitteln lässt die Regierung offenbar unbeeindruckt.

Im Folgenden führe ich einen weiteren Teil der Kritikpunkte meiner Kunden, in der Reihenfolge der Häufigkeit in denen sie mir aufgefallen sind, auf.

Aufenthalt in Deutschland

Jeder sich in Deutschland aufhaltende Mensch muss einen amtlichen Ausweis haben und bei sich führen. Wer keine Ausweispapiere bei sich hat, ist solange in festzuhalten, bis er auf eigene Kosten den Nachweis erbracht hat, wer er ist und woher er kommt, und dies durch unsere Behörden kontrolliert wurde. Menschen ohne diesen Nachweis können kein Asylverfahren einleiten.

Menschen, die unser Staatsgebiet ohne Papiere betreten wollen, müssen sich unverzüglich (innerhalb eines Tages) bei den Behörden melden. Wer kein Deutscher ist und sich ohne Papiere in Deutschland bewegt, ist wegen illegalem Grenzübertritt zu belangen.

Die Deutsche Sprache ist als Amtssprache im Grundgesetz festzuschreiben. Der Deutsche Staat übernimmt keine Übersetzungskosten für Asylbewerber und Personen, die nicht rechtmäßig nach Deutschland eingereist sind.

In Deutschland gilt ein Vermummungsverbot. Personen, die mit Vermummung (u. a. Burka) nach Deutschland einreisen wollen, sind am Grenzübertritt zu hindern. Das Vermummungsverbot ist auch innerhalb unseres Landes umzusetzen.

Einwanderungsgesetz: Deutschland schafft ein Einwanderungsgesetz analog zu Canada (Mangelberuf, „Rückfahrkarte, Mindestvermögen). Doppelte Staatsbürgerschaft ist nicht im Interesse der Erhaltung der Deutschen Verfassung.

Altersversorgung

Deutschland schafft eine einheitliche Altersversorgung für alle. Jeder Bürger, der Einkünfte erzielt, zahlt in diese eine Rentenversicherung entsprechend seiner Einkommenssteuererklärung ein (das gilt auch für Politiker und Staatsbedienstete, Selbstständige und Angestellte). Wer weniger als 20.000,00 Euro Einkommen per anno verdient, wird beitragsfrei gestellt.

Jeder deutsche Bürger erhält ab dem jeweils festgelegten Rentenalter eine Rente, andere Zuwendungen vom Staat gibt es im Rentenalter nicht.

Die Mindestrente sollte nach heutigem Stand um die 1400,00 Euro liegen, die Obergrenze sollte 6500,00 Euro nicht überschreiten. Wer einen höheren Bedarf im Alter zu benötigen glaubt, muss selbst vorsorgen. Abgeordnete, Minister und ähnliche bekommen ebenfalls erst Rente im Rentenalter, Übergangsgelder bleiben für begrenzte Zeit möglich.

Erhöhungen bei Renten setzen sich in Zukunft aus einem Sockelbetrag und einem prozentualen Betrag zusammen. Menschen mit niedrigen Renten konsumieren ihre Erhöhungen im Normalfall und fördern damit den Wirtschaftskreislauf.

EU

Die Bezahlung und Versorgung von Personen, die in Einrichtungen der EU tätig sind, wird stark zurückgeführt auf ein vergleichbares Niveau der Nationalstaaten. Erhöhte Kosten durch den Aufenthalt in EU-Einrichtungen können ausgeglichen werden. Wer für seine volle Arbeitszeit vom Steuerzahler bezahlt wird, kann keine Einkünfte aus anderer Arbeit erzielen. Wenn dies dennoch geschieht, sind diese nahezu voll zu verrechnen.

Die ausgeuferte Lobbykultur ist zurückzuführen und öffentlich transparent zu machen.

Opferschutz

Der Schutz potentielle Opfer vor Einbruch, Raubüberfällen, Sexualkriminalität, etc. sind höher zu bewerten als der Täterschutz. Drogen, Alkohol und eine „schwere“ Kindheit bzw. Jugend können keine Milderungsgründe sein, das ist eine Verhöhnung der Opfer. Sicherheitsverwahrung für schwere Kriminalität ist auszuweiten. Die Politik ist verantwortlich Bürger zu schützen und vor Traumata zu bewahren.

Innenpolitik

Die Bürger wollen keine rechtsfreien Räume, weder in Ghettos noch im Verkehrsraum. Politische Veranstaltungen für andere Staaten, auch in Privaträumen, sind zu untersagen und mit Strafe zu belegen.

Finanzielle Hilfe des Staates zum Lebensunterhalt

Wer vom Staat *volle* Unterstützung zum Leben erhält, muss seine volle Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung stellen. Ausgenommen sind Menschen, die wegen schwerer geistiger oder körperlicher Beeinträchtigungen nicht arbeiten können. Menschen, die arbeiten könnten und der Arbeitspflicht nicht nachkommen, erhalten keine staatliche Unterstützung. Bei häufiger Krankmeldung entscheidet ein Amtsarzt über die Arbeitsfähigkeit. Der Staat muss diesem Personenkreis Arbeitsmöglichkeiten anbieten, auch wenn das nicht wirtschaftlich sein sollte (das ist ein Gerechtigkeitsproblem!).

Außenpolitik

Das Selbstbestimmungsrecht gilt für alle Menschen, auch für Kurden. Die Kurden mit Waffen für den Kampf gegen den IS auszurüsten und sie im Stich zu lassen, wenn der Faschist Erdoğan Syrien überfällt, ist eine Schande für Deutschland! Kriegsverbrechen sind nicht unterschiedlich zu benennen.

Klimaschutz

Der größte Klimakiller ist die Menschheit, deshalb ist das Wachstum der Bevölkerung nicht zu fördern, auch wenn das im Einzelfall inhuman wirken sollte. Das **Kindergeld** sollte maximal für das

erste und zweite Kind gewährt werden und nur für Kinder, die in Deutschland ihren Haupt-Wohnsitz gemeldet haben.

Umweltschutz

Analog zu Kalifornien sollte ein Gesetz „don't litter“ erlassen werden, mit drastischen Strafen (1.000,00 Euro für Müllentsorgung in die Umwelt bei Privatpersonen, deutlich höher bei Firmen). Auch Sprayer sollten bestraft werden mit Geldstrafen alternativ Arbeitseinsatz (Eigentumsdelikt).

Das Einleitungsverbot in Böden und Gewässer ist nicht auf private Bürger zu beschränken, sondern auf jegliche Form von Einleitungen/Einlagerungen (Förderwässer verpressen, landwirtschaftliche Einleitungen, radioaktive Substanzen, die Entsorgung von Plastikabfälle von Schiffen muss in deutschen/europäischen Häfen nachgewiesen werden, etc.).

Wasser und Luft sind Allgemeingut. Sie können weder privatisiert noch fahrlässig verschmutzt werden. Stromnetze sind der Gemeinnützigkeit zuzuführen und dürfen nicht privatisiert sein.

Bundeswehreinätze

Wenn der Deutsche Staat sich an Uno- und Nato-Einsätzen beteiligen will, ist das Grundgesetz zu ergänzen. Der Landesverteidigungsbegriff wurde bereits mehr als überstrapaziert.

Waffenexport

Waffen aller Art sollten nur an Europäer mit der Auflage und Kontrolle der Nichtweitergabe verkauft werden. Im Ausnahmefall nur an Länder, die mindestens 50 Jahre lang keine kriegerischen Handlungen vorgenommen haben. Waffenfabriken in nicht-europäische Länder zu verkaufen, kann zu einem Sicherheitsrisiko von Europa werden.

Verbraucherschutz

Gewährleistung schadstofffreier Lebensmittel ist durchzusetzen. Der Chemieindustrie ist die Beweisumkehrlast aufzuerlegen. Der Einfluss und die Werbung der Pharmaindustrie fördert die Tablettengläubigkeit der Menschen und schadet der Gesundheit erheblich. Die Folgekosten sind vermutlich höher als gesundheitsfördernde Aufklärung und Unterstützung.

Vorbildfunktion fördern

Die Gier nach wirtschaftlichen Vorteilen zerstört unser Wertesystem. Die für jedermann offensichtlichen Lügen von Politikern und Managern ist nicht schweigend hinzunehmen. Vorbildfunktion kann von dieser Personengruppe erwartet werden (und eine gepflegte Sprache).

Bildung

Die Behinderung von normal und höher begabten Kindern und Jugendlichen durch langsamer lernende Auszubildende ist abzuschaffen, weil es dem Standort Deutschland schadet. Die Indoktrination von Kindern durch weltanschauliche und religiöse Schulen sowie Gemeinschaften ist zu unterbinden. Es ist das Recht von Kindern sich frei entwickeln zu können.

Das war ein Teil der Ansichten meiner Kunden. Ich hoffe sehr, Sie schieben diese nicht einfach beiseite, sondern nehmen Ihre eigene Aussage, die Bevölkerung befrieden zu wollen, ernst. Jeder Verantwortungsträger im Staat sollte eine Entwicklung wie in Weimar aktiv verhindern wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Löchelt